

## Nebeneinkünfte: Was Abgeordnete öffentlich machen müssen

Nach der Kritik an den Nebeneinkünften des designierten SPD-Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück sollen die Transparenzregeln für Abgeordnete verschärft werden. SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles erklärte, ihre Partei werde noch im Oktober eine Initiative dazu starten. Steinbrück war zu große Nähe zur Finanzindustrie vorgeworfen worden, weil er dort hochdotierte Vorträge gehalten habe. Er soll bei rund 80 Vorträgen bis zu 600.000 Euro erhalten haben. Genau ist das nicht bekannt, weil das bislang auch nicht angegeben werden musste.

### Bislang gelten die Verhaltensregeln von 2007



Müssen Abgeordnete alle Nebeneinkünfte offen legen?

Wer im Bundestag sitzt, darf einem Nebenverdienst nachgehen. Regierungsmitglieder dürfen das nicht. Der Abgeordnete mit Nebentätigkeit muss offen legen, von wem er Geld erhält. Die Höhe der Zuwendungen muss er nicht preisgeben. Derzeit ordnet sich der Parlamentarier freiwillig in drei Stufen ein: Honorare bis 1.000

bis 3.500 Euro, bis 7.000 Euro und mehr als 7.000 Euro. Wer die höchsten Nebeneinkünfte im Bundestag hat, wird so nicht klar. Drei Monate haben die Volksvertreter Zeit, beim Bundestag die Meldung abzugeben. Dann kann das Präsidium ein Ordnungsgeld bis zur Hälfte der jährlichen Diäten festsetzen. Die Angaben der Parlamentarier werden jedoch nicht überprüft.

Immer wieder wird eine Verschärfung diskutiert, durchgesetzt wurde sie bisher noch nicht. Nach Angaben von Abgeordnetenwatch.de besserten 192 von den 619 Abgeordneten ihre Diäten auf. Dabei ordneten sich 126 in der Stufe drei ein. Insgesamt verdienten die Parlamentarier seit Beginn der Legislaturperiode mindestens 22 Millionen Euro dazu. Die Regelungen zu Nebentätigkeiten betehen bereits seit 1972. Die letzte Veränderung war 2005 vereinbart worden, konnte aber erst zwei Jahre später in Kraft treten, weil neun Parlamentarier gegen eine Veröffentlichungspflicht geklagt hatten.

### Neue Vorschläge aus den Parteien

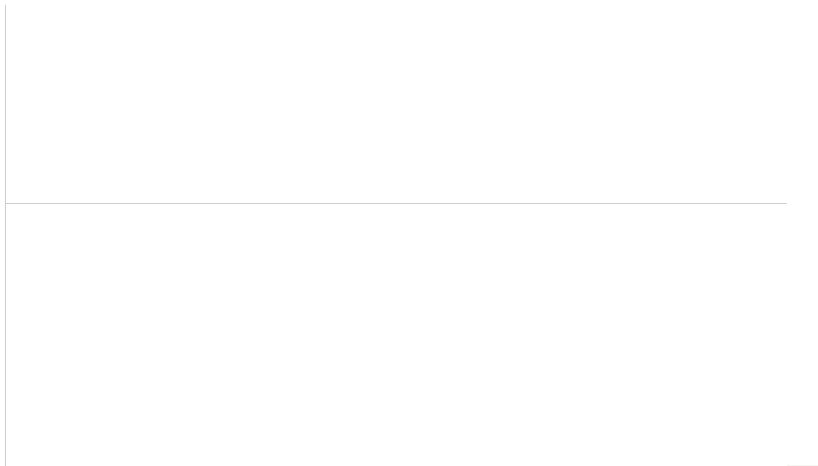
Nun wollen die Parteien die Regelungen noch einmal verschärfen. Der Kern der Vorschläge ist die Stufenregelung zu erweitern. Die CDU plädiert für sechs statt drei Stufen. Die Grünen wollen sogar zehn. Die Partei Die Linke will Transparenz ab dem ersten Euro. Die SPD bewegt sich dazwischen. Sie hält Stufen bis 150.000 Euro oder eine centgenaue Angabe für denkbar. Korruptionsbekämpfer fordern seit langem mehr Transparenz. Der Geschäftsführer von Transparency International, Christian Humborg, schlägt vor, ab einer Bagatellgrenze von 1.000 Euro jede Einnahme "auf Heller und Pfennig" anzugeben. Kritiker sehen auch ein Problem darin, dass die Parlamentarier selbst darüber entscheiden, wie viel sie öffentlich machen wollen.

### Links ins WWW

#### Bundestagsveröffentlichung zu Nebenverdiensten

Der MDR ist nicht für den Inhalt externer Internetseiten verantwortlich!

**Beiträge zur Debatte um Nebeneinkünfte**



**Alle 4 Beiträge**

Zuletzt aktualisiert: 08. Oktober 2012, 21:02 Uhr

© 2012 MITTELDEUTSCHER RUNDFUNK